



■ ZUR SICHERUNG STRATEGISCHER INTERESSEN IN NORDAFRIKA UND IM NAHEN OSTEN:

Militärische Intervention der NATO in Libyen

Vorbemerkung: Die Informationen, die uns über die aktuelle Lage in Libyen zur Verfügung stehen, sind äußerst dürftig und zudem gefiltert durch die Bürgerkriegsparteien und ihre Verbündeten. So lässt sich weder etwas Gesichertes über die soziale Zusammensetzung der Aufständischen, ihre Vorstellungen und Ziele aussagen, noch darüber welche politischen Kräfte oder Parteien unter ihnen zu Beginn des Aufstandes bestimmend waren. Auch die Frage, welchen Rückhalt Ghaddafi in der Bevölkerung besitzt, lässt sich nicht beantworten. Die Bombardements der NATO haben ihn militärisch geschwächt. Offen bleibt, ob er dadurch nicht politisch gestärkt wurde, weil sich größere Teile der Bevölkerung angesichts der Militärschläge der NATO hinter ihn stellen.

Ins Auge fällt allerdings, dass sich die gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen der Erhebung in Libyen erheblich unterscheiden von denen in Tunesien und vor allem in Ägypten. Libyen hat nur gut sechs Millionen Einwohner. Wie in den Golfstaaten besteht die Arbeiterklasse größtenteils aus Arbeitsemigranten, deren Zahl auf 1,5 bis 2 Millionen geschätzt wird. Sie kommen überwiegend aus Ägypten und Tunesien aber auch aus Schwarzafrika und Asien. Mit den Einnahmen aus den Ölexporten konnte der Staat die sozialen Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung finanzieren, wie beispielsweise kostenlose Bildung, medizinische Versorgung, billigen Wohnraum sowie Witwen-, Waisen- und Altersrenten. Auch wenn sich in den letzten Jahren die Lebensbedingungen für die Masse der Bevölkerung verschlechtert haben (siehe Kasten), Libyen zählt zu den afrikanischen Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen. Die sozialen Verhältnisse bilden nicht, wie in Tunesien und Ägypten, den explosiven Treibstoff der Revolte.

Stammesstrukturen und regionale Gegensätze prägen die Gesellschaft in Libyen noch immer. Über die Verteilung von Posten und Ämtern entscheiden neben der politischen Loyalität vor allem Stammeszugehörigkeit und Clan-Strukturen. Etwa eine Million Libyer arbeiten im Staatsdienst und profitieren so von den staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Nach dem Sturz von König Idris durch die Bewegung der »freien Offiziere« wurde eine neue Verfassung eingeführt. Sie verbietet Parteien und legt theoretisch die Macht in die Hände der Volkskomitees. Die wurden mit Stammesvertretern besetzt. Gaddafi gelang es seine Herrschaft abzusichern, in dem er geschickt die verschiedenen Stämme und Volksgruppen gegeneinander ausspielte. »*Anders als in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten konnte sich eine strukturierte Zivilgesellschaft unter diesen*

Verhältnissen in Libyen nicht einmal ansatzweise entwickeln.« (FR, 31.3.2011)

Bis 1963 war das Land in drei Provinzen aufgeteilt. Die Stämme und Bewohner der östlichen Provinz Cyrenaika sehen sich in der Verteilung der Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft durch die Zentralregierung benachteiligt, obwohl dort im Syrte-Becken die größten Erdölfelder Libyens liegen und der Export über die Hafenstädte der Provinz abgewickelt wird. Dies ist einer der Gründe, warum gerade in den östlichen Küstenstädten die Revolte ausbrach und relativ rasch zum Zusammenbruch staatlicher Strukturen führte. Im Westen des Landes, in der Provinz Tripolitaniens, wo der Gaddafi-Clan seine Stammesherkunft hat, konnten die Aufständischen keine entscheidenden Erfolge erringen.

So mischt sich der Protest gegen despotische Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen, wie er auch in anderen arabischen Ländern zum Ausdruck kommt, mit regionalen und Stammeskonflikten. Letztere prägen die Auseinandersetzung und haben faktisch zur Zweiteilung Libyens geführt. Die Zweiteilung des Landes nutzt die NATO für ihr militärisches Eingreifen. Angesichts der vielen, noch offenen Fragen beschränken wir uns auf eine knappe Darstellung der geopolitischen Interessen und Widersprüche und die Gründe für das militärische Eingreifen der NATO.

Imperialistische Nahost-Ordnung

Der engste Verbündete des Westens in der Region ist traditionell die Atommacht Israel. Diese Position kann die israelische Regierung nutzen und ausspielen. Sie erhält letzten Endes auch dann die Rückendeckung der USA, wenn ihre Politik die westlichen Interessen nach einer Befriedung des Nahost-Konfliktes konterkariert, wie die Siedlungspolitik auf der West Bank und die Kompromisslosigkeit gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde.

Die Anerkennung der durch das Bündnis mit Israel bestimmten Ordnung durch die arabischen Staaten bildet den zweiten Eckpfeiler in der Nahost-Politik des Westens unter Führung der USA. Hier kam und kommt Ägypten als bevölkerungsreichstem Land der arabischen Welt eine Schlüsselstellung zu. Dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel 1979 folgte bis heute die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsstaaten in der arabischen Liga. 1993 erkannte auch die PLO im Rahmen des Osloer Friedensprozesses Israel an und durfte in dessen Interesse die besetzten Gebiete selbst verwalten. Eine der ersten Amtshandlungen der Militärführung nach dem Sturz Mubaraks war folgerichtig die Versicherung, zukünftig alle internationalen Verträge und

Vereinbarungen einzuhalten, insbesondere den Friedensvertrag mit Israel. (siehe Artikel auf Seite 11)

Der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers entzog den arabischen Staaten die Möglichkeit, den weltpolitischen Systemgegensatz für eine eigenständige Entwicklung und eine unabhängige Außenpolitik zu nutzen. Diese bittere Erfahrung musste zunächst das irakische Volk machen. Im Verlauf des ersten Golf-Krieges mit dem Iran (1980 – 1988) hatten die USA und Saudi-Arabien das Regime von Saddam Hussein gegen die »islamistische Gefahr« aus dem Iran unterstützt und aufgerüstet. Als das Regime in Bagdad eigene hegemoniale Ansprüche anmeldete, reagierten die USA prompt. Die Besetzung des Scheichtums Kuwait durch den Irak führte zum militärischen Eingreifen und zum zweiten Golfkrieg im Frühjahr 1991. Zum wichtigsten arabischen Partner in der Koalition zählte damals der schon erwähnte Golf Kooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC). 2003 folgte mit dem dritten Golfkrieg die endgültige Beseitigung eines unbequemen Regimes durch die militärische Besetzung des Irak.

Nationale oder gar hegemoniale Interessen, die das bestehende Kräfteverhältnis und die Ordnung im Nahen Osten in Frage stellen, werden vom Westen nicht geduldet. Diese Warnung gilt auch weiterhin – sowohl gegenüber dem Iran als auch gegenüber zukünftigen Regierungen in Kairo oder Tunis, sollten sie eine Abkehr von den außenpolitischen Maximen ihrer Vorgänger anstreben.

Diplomatische und propagandistische Nebelwände

Als »humanitäre Intervention zum Schutze der Zivilbevölkerung« rechtfertigt der UNO-Sicherheitsrat seinen Beschluss, mit dem er der NATO eine weit reichende Ermächtigung für das militärische Eingreifen in Libyen erteilte. Der Militäreinsatz diene der Unterstützung der arabischen Demokratiebewegungen gegen ihre Despoten. Diese Argumente finden Zustimmung – nicht nur bei bürgerlichen Journalisten und Politikern, die Außenminister Westerwelle heftig wegen der Enthaltung Deutschlands im Sicherheitsrat kritisieren. Bis weit in die Linke reicht die Unterstützung der NATO-Intervention. »Es gibt keinen anderen Weg, diesen »exzentrischen« Tyrannen los zu werden als mit reiner militärischer Macht. [...] Im Hebräischen sagen wir: derjenige, der anfängt, eine gute Tat zu tun, muss diese auch beenden. Gaddafi muss beseitigt werden, dem libyschen Volk muss eine anständige Chance gegeben werden, um sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Genau so das syrische Volk, die Jemeniten, die Bahrainis und all die anderen.« (Uvi Avnery, Journalist und prominentes Mitglied der israelischen Friedensbewegung)

Ihre eigentlichen Interessen und Ziele versuchen Regierungen in der Regel hinter diplomatischen Formulierungen, moralischen Rechtfertigungen und politischer Propaganda zu verbergen. »Staaten haben keine Moral, sondern Interessen« (Winston Churchill). Diese banale Feststellung gilt auch für das Eingreifen der NATO-Staaten in den libyschen Bürgerkrieg. Dabei widerlegt schon die Haltung der Westmächte gegenüber anderen arabischen Despoten als auch die Art und Weise, wie die »Koalition der Willigen« zu Stande kam, die vorgebrachten Argumente. Für die »Asia Times Online« schreibt der brasilianische Journalist Pepe Escobar unter der Überschrift:

Der Libyen-Deal der USA mit Saudi-Arabien

»Ihr dringt in Bahrain ein. Wir nehmen Muammar Gaddafi in Libyen aus dem Verkehr. Dies, kurz gesagt, ist das Wesen des Handels, der zwischen der Barack Obama-Administration und dem Haus Saud getroffen wurde. Zwei diplomatische Quellen bei den Vereinten Nationen haben unabhängig von-

einander bestätigt, dass Washington über US-Außenministerin Hillary Clinton grünes Licht für Saudi-Aubiens Invasion in Bahrain gab, um die Pro-Demokratie-Bewegung im Nachbarstaat zu vernichten – im Austausch für ein Ja der Arabischen Liga für eine Flugverbotszone über Libyen, dem wichtigsten Grund, der zur Resolution 1973 der Vereinten Nationen führte. Von den 22 Vollmitgliedern [der arab. Liga] waren nur elf anwesend bei der Abstimmung. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Gulf Cooperation Council (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen/Scheichtümern des Golfs. Syrien und Algerien waren dagegen. Nur neun von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten für die Flugverbotszone. Die Abstimmung war im Wesentlichen eine vom Haus Saud geführte Operation, mit der sich der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, bemühte, seinen Lebenslauf für Washington zu polieren, um der nächste ägyptische Präsident zu werden.«

Die Aufstände in Tunesien und Ägypten kamen für den Westen und seine Geheimdienste völlig überraschend, wähten sie doch die mit ihnen verbündeten Regimes sicher im Sattel. Bis zuletzt hielten die westlichen Regierungen an den mit ihnen verbündeten Machthabern fest. Damit diskreditierten sie sich auch bei den Teilen der Opposition, die doch nur für die westlichen Werte (Informations- und Meinungsfreiheit, demokratische Wahlen) auf die Straße gegangen waren. Vor allem die französische Regierung hatte sich völlig diskreditiert, nachdem sie dem tunesischen Diktator ben Ali noch polizeiliche Unterstützung zur Niederschlagung des Aufstandes gewähren wollte.

In Libyen bot sich nun durch die Unterstützung der Aufständischen die Möglichkeit, direkt Einfluss auf die inneren Auseinandersetzungen und die zukünftige Regierungsbildung zu nehmen. Das ließ sich auch noch als Unterstützung der arabischen Demokratiebewegung medial vermarkten. »Gaddafi muss weg« lautete die von westlichen Regierungsvertreter und den Medien erhobene Forderung schon unmittelbar nach dem Ausbruch des Aufstandes. Zwar hatte der Westen das libysche Regime als Geschäftspartner akzeptiert, nachdem es sich vom »internationalen Terrorismus« losgesagt und auf das eigene Atomprogramm verzichtet hatte, aber auf der weltpolitischen Bühne blieb Gaddafi das »Schmuddelkind«, galt als unberechenbar und unzuverlässig. Die Regierung in Tripolis ließ sich nicht in die Nahost-Strategie des Westens unter Führung der USA einbinden. »Allerdings ist es die Unabhängigkeit Libyens, nicht die Natur seines Regimes, die für den Westen unerträglich ist in einer Region von Vasallen, und an dieser Feindseligkeit hat sich kaum etwas geändert in den 42 Jahren, die vergangen sind, seit Gaddafi den feudalistischen König Idris stürzte.« (John Pilger)

Die libyschen Rebellen sind mit Beginn der Militärintervention zu Bodentruppen der NATO geworden. In einer solchen ungleichen Koalition gibt der Stärkere die Ziele vor und bestimmt über die Wahl der Mittel und Methoden zu deren Durchsetzung. Zahlreiche Exil-Libyer mit ihren engen Kontakten zu westlichen Regierungen und Geheimdiensten bekleiden mittlerweile Funktionen in der provisorischen Übergangsregierung in Bengazi. Die Intervention soll nicht, wie von Avnery schreibt, dem »libyschen Volk eine Chance geben, um sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen«. Sie soll, angesichts der Revolten in der arabischen Welt, die geostrategischen Interessen der NATO in der Region absichern.

China, der neue Konkurrent in Afrika

Ein Gesichtspunkt, der bisher in der Öffentlichkeit kaum beachtet und diskutiert wurde, sind die geostrategischen Interessen der USA und der EU gegenüber China. Chine-

sische Firmen haben sich zunehmend in Afrika engagiert. Sie sollen nicht nur den wachsenden Bedarf an Energie und Rohstoffen sichern, sondern auch den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Chinas auf dem Kontinent stärken und ausbauen. »Bis zu Beginn des Aufstandes arbeiteten 36.000 Chinesen in Libyen. [...] Nach offiziellen Angaben sind 75 chinesische Firmen in Libyen aktiv; deren Investitionen in Infrastrukturprojekte addieren sich auf 14 Milliarden Dollar. Das staatliche Infrastruktur-Unternehmen China Civil Engineering Construction Corporation (CCECC) gehört mit 4,8 Milliarden Dollar zu den größten Investoren, unter anderem für eine Bahnverbindung entlang der Küste und gigantische Wohnsiedlungen. China und Russland bauen zwei Hauptstrecken der Bahn in Libyen mit einer Gesamtlänge von 2000 Kilometern. [...] In der östlichen Sahara treibt die CCECC ein riesiges Bewässerungsprojekt voran. Die Telekommunikationskonzerne Huawei und ZTE installieren Telekommunikationseinrichtungen. [...] Die China National Petroleum Corporation (CNPC) fördert Öl und baut an einer Pipeline.« (isw, Claus Schreer, 20.3.2011)

Die China National Petroleum Corporation ist auch in erheblichem Umfang an den Konzessionen für die Erschließung und Förderung der Ölfelder im Südsudan beteiligt, einer Region die durch die Bürgerkriege und die Teilung des Sudan umstritten bleibt.

»Der europäisch-amerikanische Überfall auf Libyen [...] ist die Antwort des Westens auf die Volkserhebungen in strategisch wichtigen, ressourcenreichen Regionen der Erde und der Beginn eines Zermürbungskrieges gegen den neuen imperialen Konkurrenten China.« (John Pilger, 9.4.2011 auf antiwar.com)

Gemeinsamkeiten und Widersprüche in der NATO und der EU

Mit dem Wegfall des weltpolitischen Systemgegensatzes ist auch für die NATO-Staaten der Zwang entfallen, als geschlossener Block gegenüber dem Warschauer Pakt aufzutreten und zu agieren. Hinter dem gemeinsam formulierten Ziel eines Regimewechsels in Tripolis können die Mitgliedsstaaten der NATO die aufgetretenen Widersprüche in den eigenen Reihen nur mühsam verbergen. Diese sind Ausdruck differierender, teilweise auch konkurrierender Interessen als auch unterschiedlicher Einschätzungen über die Erfolgsaussichten des militärischen Eingreifens und seiner politischen Folgen in der Region.

In der Europäischen Union drängten vor allem die englische und die französische Regierung auf einen raschen Militärschlag. Traditionell verfügen Frankreich und Großbritannien über enge, aus der Kolonialzeit stammende, wirtschaftliche und politische Beziehungen im nördlichen Afrika. Noch heute ist Frankreich beispielsweise die militärische Schutzmacht im Tschad, dem südlichen Nachbarn Libyens. Mit der, von der Regierung in Paris ins Leben gerufenen Gemeinschaft der Mittelmeerstaaten, sollte der französische Einfluss in der Region gefestigt und ausgebaut werden. Dieser Initiative stand die Bundesregierung ablehnend gegenüber. Sie konnte kein Interesse daran haben, dass Frankreich sich parallel zu den Strukturen der EU ein eigenes Instrument zur Sicherung seines Einflusses in Nordafrika schaffen wollte. Die französische Regierung beanspruchte zunächst die militärische Führung des Einsatzes und sprach sich deshalb gegen eine offizielle Beteiligung der NATO aus, konnte sich damit aber gegenüber den USA und den anderen NATO-Partnern nicht durchsetzen.

Sarkozy und Cameron können den Krieg gegen Gaddafi zusätzlich innenpolitisch gut gebrauchen: Er lenkt die Bevölkerung ihrer Länder vom Angriff auf den sozialen Be-

sitzstand ab. Auch Obama versucht damit in der US-Bevölkerung zu punkten.

Mit der Führung des Einsatzes durch die NATO fällt dem amerikanischen Oberkommando für das Mittelmeer die Leitung der Militäroperation zu. Die USA beteiligten sich zwar anfangs an den Lufteinsätzen, zogen sich aber nach zwei Wochen aus der direkten Beteiligung zurück. Die Administration in Washington will angesichts der Kriege im Irak und in Afghanistan und der innenpolitischen Schwierigkeiten die militärischen und finanziellen Belastungen so gering wie möglich halten. Für ihren Einfluss in der Region sind die Beziehungen zu Ägypten und zu den Staaten der arabischen Halbinsel entscheidend.

Die Bundesregierung folgte dem Kurs, der schon vom damaligen Bundeskanzler Schröder gegenüber dem Irakkrieg eingeschlagen wurde. Der deutsche Vertreter im Sicherheitsrat enthielt sich bei der Abstimmung über die Flugverbotszone gemeinsam mit Brasilien, Russland, Indien und China der Stimme. Die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den Ländern der arabischen Welt sollen nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb lehnte die Bundesregierung wie auch ihre Vorgänger eine Beteiligung an militärischen Einsätzen im arabischen Raum bisher ab.

Als einziges islamisches Land im NATO-Bündnis beansprucht die Türkei eine Vermittlerrolle zwischen dem Westen und den arabischen Staaten. Sie sei ein demokratisches Vorbild für die arabischen Staaten und liefere den Beweis, dass eine gemäßigt islamische Regierung zugleich auch Garant für die wirtschaftliche und politische Öffnung des Landes gegenüber dem Westen sein könne. Ihre Ansprüche als eigenständige Regionalmacht im östlichen Mittelmeer hatte die Türkei schon durch die Entsendung der Gaza-Flotte unterstrichen. Sie nahm dabei das militärische Eingreifen und die diplomatischen Konfrontation mit Israel in Kauf. Die Türkei beteiligt sich ebenfalls nicht an den Militärationen, sondern beschränkt sich auf humanitäre Hilfsleistungen und bietet an, auch in Libyen zu vermitteln.

Folgt nach dem Luftkrieg der Einsatz von Bodentruppen?

Das von allen Partnern verkündete Ziel eines Regimewechsels in Libyen kann die NATO kaum noch fallenlassen. Dabei wissen auch die NATO-Stäbe, dass allein mit der Luftwaffe der Krieg nicht zu gewinnen ist. So müssen zwangsläufig dem ersten Schritt, die nächsten folgen: die weitere Ausrüstung der Rebellen mit modernen Waffen als auch der Einsatz von Bodentruppen. Den würde die NATO, wenn möglich, gern umgehen. Sie fürchtet deren negative Folgen auf die Stimmung der Bevölkerung in den arabischen Ländern.

Faktisch ist Libyen schon geteilt. Die Übergangsregierung in Benghazi wurde von Frankreich und zahlreichen europäischen Staaten anerkannt. Die Übergangsregierung beginnt damit, das im östlichen Landesteil geförderte Öl mit Hilfe des Emirats Katar zu vermarkten, um sich eigene finanzielle Einnahmequellen zu erschließen. Gegenüber der noch amtierenden Regierung in Tripolis hat der Westen ein umfassendes Embargo und das Einfrieren aller Konten (auch der von libyschen Firmen) verfügt. So wäre es auch möglich, den Sturz Gaddafis nicht durch den militärischen Vormarsch der Rebellen bis nach Tripolis, sondern durch materielle und finanzielle Aushungern Westlibyens herbeizuführen.

Über das Schicksal Libyens wird längst nicht mehr allein in Tripolis oder Bengasi entschieden, sondern in Washington, London und Paris.

3. Mai 2011 ■